

- d) Die DDR ist an der Beratung einiger großer Objekte der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energie, des Umweltschutzes, der Chemie und anderer Zweige, für die jeweils einzeln intensive Verhandlungen erforderlich sind und deren Realisierung im Interesse beider Partner liegt, interessiert.
- e) Zur Erhöhung der Attraktivität des Tourismus aus kapitalistischen Ländern in die DDR sind auf der Grundlage der Refinanzierungsmöglichkeiten weitere Kapazitäten zu rekonstruieren bzw. zu erweitern. Es ist zu prüfen, daß gegenwärtig nicht voll genutzte Kapazitäten, die weder der Bevölkerung noch dem organisierten Tourismus zur Verfügung stehen, teilweise in die Kapazitätserweiterung für NSW-Tourismus aufgenommen werden.

Es muß mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß der Ausweg aus der Lage die Verwirklichung der vorstehend insgesamt dargelegten Maßnahmen zur Veränderung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erfordert.

Die Vorschläge zur ökonomischen Kooperation mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern sind ohne die in den Abschnitten II und III genannten Maßnahmen nicht durchführbar. Sonst würde ein Eintreten der Zahlungsunfähigkeit nicht vermeidbar sein, sondern beschleunigt werden.

Alle genannten Maßnahmen müssen bereits 1992 zu höheren Valutaeinnahmen für die Sicherung der Liquidität des Staates führen. Trotz dieser Maßnahmen ist es für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit 1991 unerlässlich, zum gegebenen Zeitpunkt mit der Regierung der BRD über Finnanzkredite in Höhe von 2 - 3 Mrd. VM über bisherige Kreditlinien hinaus zu verhandeln. Gegebenenfalls ist die Transitpauschale der Jahre 1996-1999 als Sicherheit einzusetzen.

Diese Vorschläge erhöhen die Verschuldung der DDR weiter und stellen ein Risiko dar. Die Verschuldung wird jedoch langfristige und refinanzierbar konzipiert und ist verbunden mit dem Zeitgewinn für die grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR und der Vermeidung eines Diktats des Internationalen Währungsfonds.

Zur Untersetzung der dargelegten Grundlinie der neuen Wirtschaftspolitik und als Voraussetzung für dazu erforderliche Entscheidungen sowie zur detaillierten Ausarbeitung der Vorschläge und Objekte für die ökonomische und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der BRD und den anderen kapitalistischen Staaten ist es erforderlich, durch die staatliche Plankommission ein Ge-